

## Deutschlands Problemzonen

**Regionalentwicklung.** Die Politik will deutschlandweit „gleichwertige Lebensverhältnisse“ sicherstellen. In der Realität aber steht es in 19 der 96 Regionen schlecht um deren Zukunftsfähigkeit. Zur Lösung der Probleme könnten unter anderem Schuldenerlasse beitragen. Vor allem aber braucht es eine exzellente Infrastruktur, sagt Jens Südekum von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf im iwd-Interview. —> **Seiten 2-5**

### Metall- und Elektro-Industrie

Die Bilanz der deutschen M+E-Unternehmen für das erste Halbjahr 2019 ist eher enttäuschend. Das zweite Halbjahr dürfte kaum besser werden.

—> **Seiten 6-7**

### Autoindustrie

Die Forschungsschwerpunkte der deutschen Autobauer verschieben sich: Der Anteil der Patente in den Bereichen Elektronik und Digitalisierung steigt.

—> **Seiten 12-13**

# Handlungsbedarf in Ost wie West

**Regionalentwicklung.** Von den 96 deutschen Raumordnungsregionen sind 19 in ihrer Entwicklung besonders gefährdet. Denn dort steht es in den Bereichen Wirtschaft, Demografie und/oder Infrastruktur schlecht um die Zukunftsfähigkeit. So lautet ein zentrales Ergebnis der umfassenden Regionalstudie des Instituts der deutschen Wirtschaft in Kooperation mit Wissenschaftlern von vier deutschen Hochschulen.

Anfang Juli präsentierten Innenminister Horst Seehofer, Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner und Familienministerin Franziska Giffey in Berlin ihre Pläne, wie überall in Deutschland „gleichwertige Lebensverhältnisse“ erreicht werden können. Was man in dem 164-seitigen Dokument vergeblich sucht, sind die Namen jener Regionen, deren Perspektiven besonders schlecht sind.

Diese Lücke schließt die IW-Studie: Sie analysiert die 96 Raumordnungsregionen. Der Vorteil dieser Einteilung gegenüber der Betrachtung von Städten und Landkreisen ist, dass die Abgrenzung wirtschaftliche Verflechtungen und Nachbarschaftseffekte berücksichtigt.

In drei Kategorien mit je vier Indikatoren haben die Wissenschaftler die Regionen bewertet:

**Die wirtschaftlichen Indikatoren** berücksichtigen beispielsweise die Arbeitslosenquote oder die Überschuldung privater Haushalte.

**Die demografischen Indikatoren** erfassen unter anderem die Entwicklung der Einwohnerzahl und das Durchschnittsalter der Bevölkerung.

**Die Infrastrukturindikatoren** weisen auf die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand hin, liefern mit Blick auf die Breitbandausstattung aber auch Indizien für die Modernität und Innovationsfähigkeit einer Region. Die Immobilienpreise zählen

ebenfalls in diese Kategorie, da sie die Attraktivität eines Standorts widerspiegeln.

Bei den wirtschaftlichen Indikatoren zeigt sich, dass die Regionalentwicklung weder ein rein ostdeutsches Problem noch eines von abgelegenen ländlichen Regionen ist:

**Mit Duisburg/Essen, Emscher-Lippe und Bremerhaven stehen drei städtisch geprägte westdeutsche Regionen ganz am Ende des Wirtschaftsrankings.**

Erst auf dem viertletzten Platz folgt – zusammen mit Dortmund – mit der Altmark eine ostdeutsche Region.

Für die Bewertung wurden die Daten von 2011 mit denen der Jahre 2015, 2016 oder 2017 verglichen – je nach Verfügbarkeit. Und auch wenn die Ausgangsniveaus 2011 im Osten teilweise sehr niedrig waren, konnten dort viele Regionen im Vergleich überproportional zulegen. Gerade in Sachsen und Thüringen sind die Arbeitslosenzahlen deutlich gesunken und die Löhne teilweise überdurchschnittlich stark gestiegen.

Wesentlich schlechter schneiden die ostdeutschen Regionen dagegen beim Thema Demografie ab:

**In den Regionen Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, Lausitz-Spreewald, Oberlausitz-Niederschlesien sowie Ostthüringen und Südthüringen ist das Durchschnittsalter**

**besonders hoch und steigt zudem schneller als andernorts.**

Die westdeutschen Regionen stehen im demografischen Vergleich besser da: Von den zehn am stärksten demografisch herausgeforderten Gebieten liegt mit Schleswig-Holstein Süd-West nur ein einziges in den alten Bundesländern.

Hinsichtlich der Infrastruktur gibt es Probleme sowohl im Westen als auch im Osten – allerdings mit unterschiedlichen Ausprägungen:

**Die drei westdeutschen Regionen Emscher-Lippe, Trier und Westpfalz fallen jeweils durch sehr hohe Verschuldungsquoten auf.**

Gegenden wie die Altmark, Magdeburg und Halle (Saale) im Osten hinken dagegen eher in Bezug auf die Verfügbarkeit von Breitbandinternet hinterher.

In der Summe der drei Bereiche Wirtschaft, Demografie und Infrastruktur sind es am Ende 19 der 96 Raumordnungsregionen, die laut IW in der Entwicklung besonders gefährdet sind (Grafik):

**In elf Regionen in den neuen Bundesländern, vier Regionen in Nordrhein-Westfalen entlang der Ruhr sowie in Bremerhaven, dem Saarland, Schleswig-Holstein Ost und in der Westpfalz kommen besonders viele unterschiedliche oder gravierende Probleme in einem Bereich zusammen.**

Demnach gibt es keine einheitliche Gruppe von Regionen, in denen dringend gehandelt werden muss – die bloße Unterscheidung zwischen Stadt und Land oder Ost und West würde zu kurz greifen. Und weil sowohl die Regionen als auch die Probleme so unterschiedlich sind, gibt es kein Patentrezept, mit dem alle 19 Gebiete zukunftsfähig gemacht werden können (siehe Interview Seite 4). Vielmehr betonen die Studienautoren, dass die Kommunen vor allem befähigt werden müssen, sich selbst zu helfen. Die Wissenschaftler machen deshalb vier Vorschläge für die Regionalpolitik:

**1. Schuldenerlasse:** Hohe Schulden versperren den Weg zu Investitionen und schränken die Handlungsfähigkeit massiv ein. Die Politik muss daher über Schuldenerlasse auf kommunaler Ebene nachdenken, wobei die Anreizwir-

kung gegenüber jenen, die bislang sparsam gewirtschaftet haben, nicht außer Acht gelassen werden darf.

**2. Bürgerschaftliches Engagement:** Die Erfahrungen in vielen schrumpfenden Gemeinden zeigen, dass bürgerschaftliches Engagement die Lage vor Ort erheblich verbessern kann. Doch dafür braucht es eine offene, flexible kommunale Verwaltung – Ehrenamtler dürfen keine Angst vor zu viel Bürokratie oder rechtlichen Fallstricken haben.

**3. Bildungsangebote:** Viele junge Menschen zieht es in die Großstädte, weil sie nur dort studieren können. Als Gegenmaßnahme müssen gefährdete Regionen attraktive Bildungsangebote schaffen – am besten eng verzahnt mit der Wirtschaft, die oft händeringend Fachkräfte sucht. Selbstverständlich kann der Staat nicht flächendeckend in neue Hochschulen investieren, aber

in einigen Regionen könnte das Angebot erweitert werden.

**4. Netzausbau:** Durch ein besseres Schienennetz könnten mehr Gemeinden an die Metropolen angebunden werden, was diese Kommunen attraktiver macht und die Großstädte entlastet. Darüber hinaus ist der Breitbandausbau entscheidend – nicht nur für Unternehmen, sondern zunehmend auch für private Haushalte ist er ein zentraler Standortfaktor.

**IW-Studie**

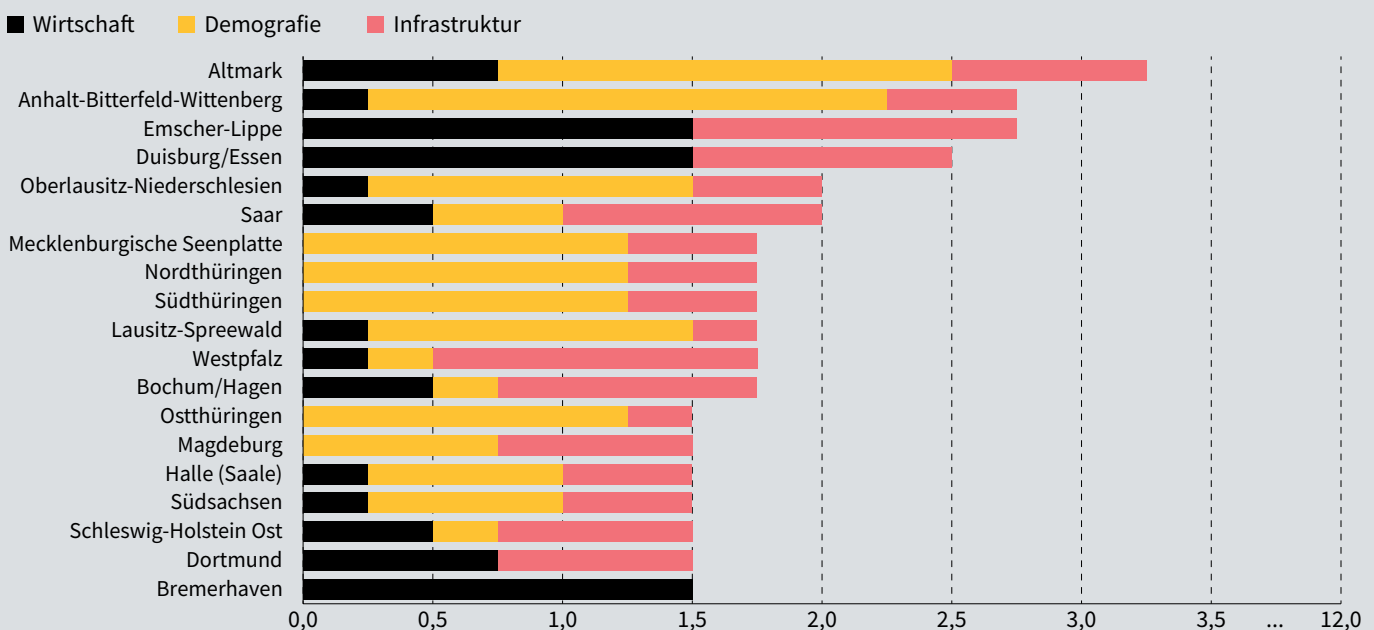
Michael Hüther, Jens Südekum, Michael Voigtländer (Hrsg.): Die Zukunft der Regionen in Deutschland – Zwischen Vielfalt und Gleichwertigkeit

**iwkoeln.de/regionen**

Als externe Wissenschaftler an der Studie beteiligt waren Peter Dehne (Hochschule Neubrandenburg), Rolf G. Heinze (Ruhr-Universität Bochum), Jens Südekum (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf), Wolfgang Kahl und Jacqueline Lorenzen (Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg).

**Die Regionen mit den größten Problemen**

Die Analyse der 96 deutschen Raumordnungsregionen nutzt für die drei Bereiche Wirtschaft, Demografie und Infrastruktur je vier Indikatoren. Das Ranking bewertet die jeweilige Ausgangssituation sowie die Entwicklung des entsprechenden Indikators anhand von zwei Kennzahlen (Durchschnitt und Relation zum Trend). Weist eine Region bei allen drei Kriterien eine stark nachteilige Positionierung oder Entwicklung auf, wurde der Wert 1 vergeben. 0,5 Punkte gab es, wenn nur zwei Kriterien erfüllt wurden, und 0,25 bei lediglich einem erfüllten Kriterium. Dieses Verfahren wurde auf alle zwölf Indikatoren angewandt. Die Abbildung stellt die jeweils addierten Punkte für alle drei Bereiche dar.



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2019 IW Medien / iwd

**Interview.** **Jens Südekum** ist Professor für Internationale Volkswirtschaftslehre am Düssel-dorfer Institut für Wettbewerbsökonomie (DICE) der Heinrich-Heine-Universität. Zusammen mit dem IW hat er die rund 300 Seiten starke Studie „Die Zukunft der Regionen in Deutschland“ herausgegeben. Der iwd sprach mit ihm über zentrale Befunde der Studie und Ableitungen für die Politik.



Foto: IW

## „Wir brauchen flächendeckend eine exzellente Infrastruktur“

**Deutschlands Wirtschaft lebt vom Mittelstand, also von vielen Hidden Champions, die in ihrer Nische Weltmarktführer sind. Ist dieses Geschäftsmodell in Gefahr?**

Zumindest kommt es aus zwei Richtungen unter Druck: erstens international durch die USA und China. Denn auch, wenn sich die Wirtschaft dort bislang eher mit anderen Themen wie künstlicher Intelligenz beschäftigt hat, drängt sie jetzt auch in den sogenannten B2B-Bereich, konzentriert sich also nicht länger auf die Zielgruppe der Konsumenten, sondern entdeckt andere Unternehmen als Kunden. Und hier liegt ja bislang klar der deutsche Fokus.

Zweitens gibt es national gewichtige Kräfte, die der Wirtschaft im ländlichen Raum zusetzen. Vor allem die Digitalisierung begünstigt Jobs in Dienstleistungsberufen, die sowohl ihre Kunden als auch ihre Arbeitskräfte hauptsächlich in den Städten finden. Im Gegenzug fallen manuelle, klassische Industrietätigkeiten weg. Menschen werden also weiterhin in die Städte ziehen; auf dem Land fehlen dann noch mehr Fachkräfte und die demografischen Probleme dort verstärken sich.

**Dann wäre die Digitalisierung trotz Homeoffice und ähnlichen Arbeitsformen also doch kein Segen für ländliche Regionen?**

Was ich gerade beschrieben habe, muss nicht Realität werden. Es ist ein pessimistisches Szenario. Homeoffice kann natürlich dabei helfen, dass das Landleben an Attraktivität gewinnt. Wir registrieren ja schon, dass Familien zumindest aus den Innenstädten der Metro-

polen wegziehen, weil es ihnen zu teuer, zu laut und zu beengt ist.

Auch das „Re-Shoring“ bietet Chancen für den ländlichen Raum: Wenn Roboter vollautomatisch Schuhe fertigen, dann können sie das für den deutschen und europäischen Markt statt in Vietnam auch in der bayerischen Provinz tun – zusammen mit wenigen Experten für Steuerung und Wartung der Maschinen oder Roboter.

Die Politik hat maßgeblich Einfluss darauf, welches Szenario Realität wird. Doch eines ist klar: Für das optimistische Szenario brauchen wir deutschlandweit eine exzellente Infrastruktur.

**Haben Sie mit Blick auf die Studienergebnisse ein Patentrezept für die Regierung, wie sie schnellstmöglich clevere Regionalpolitik betreiben kann?**

Ein Patentrezept ist immer schwierig. Aber es ist sehr gut, dass die Regionalpolitik ganz oben auf der Agenda in Berlin steht – mit der Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse beispielsweise und mit einem Aktionsplan von gleich drei Ministerien.

Der Politik muss immer klar sein: Regionalpolitik gibt es nicht umsonst. Aber makroökonomisch betrachtet ist jetzt dank der niedrigen Zinsen der bestmögliche Zeitpunkt für entsprechende Investitionen.



Das vollständige Interview mit weiteren Aspekten – beispielsweise zum großen Investitionsstau in den Kommunen oder zur Bewertung der bisherigen Regionalpolitik im Ruhrgebiet – finden Sie unter [iwd.de/interview-regionalstudie](https://www.iwd.de/interview-regionalstudie).

# Um Zuwanderer werben

**Regionale Entwicklung.** Derzeit verstärkt die Zuwanderung bestehende regionale Ungleichheiten. Deshalb müssen wirtschafts- und demografischschwache Kommunen besonders intensiv um ausländische Fachkräfte werben.

Wenn Menschen aus dem Ausland für längere Zeit nach Deutschland kommen, kann dies den demografischen Wandel in besonders betroffenen Regionen bremsen oder die Bevölkerungsentwicklung zumindest stabilisieren. Finden die Zuwanderer dann auch noch einen Job, stärkt das die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort.

So weit die Theorie. In der Praxis allerdings bevorzugen Zuwanderer vor allem größere Städte und wirtschaftlich erfolgreiche Regionen in Süddeutschland. In die vom demografischen Wandel besonders betroffenen Gebiete in Ostdeutschland und in Nordbayern kommen dagegen nur wenige Ausländer. Obwohl Zuwanderer unterm Strich

einen wichtigen Beitrag zur Sicherung von Wachstum und Wohlstand in Deutschland leisten, profitieren also nicht alle Regionen gleichermaßen – im Gegenteil:

**Derzeit verstärkt Zuwanderung die regionalen Divergenzen tendenziell sogar noch weiter.**

Wollen auch die demografischschwachen Regionen von ausländischen Zuzüglern profitieren, sollten sie vor allem hochqualifizierte Personen aus dem Ausland ansprechen. Solche Experten tragen bereits heute maßgeblich zur Fachkräftesicherung im Land bei (Grafik):

**Jeder vierte Akademiker in Deutschland im Alter zwischen 25 und 44 Jahren stammte 2017 aus dem Ausland – 2007 war es erst knapp jeder sechste.**

Da die Zahl der wanderungsbereiten hochqualifizierten Fachkräfte international begrenzt ist, sollte auch die Hochschulausbildung gezielt als Instrument zur Gewinnung von ausländischen Fachkräften eingesetzt werden. So hatten im Wintersemester 2017/2018 bereits rund

75.000 junge Menschen aus dem Ausland ein Studium in Deutschland aufgenommen.

Allerdings landen diese Studenten zunächst meist in größeren Unistädten, sodass sich die ländlichen Regionen mit wirtschaftlichen oder demografischen Problemen aktiv um diese angehenden Akademiker bemühen müssen. Unternehmen in solchen Regionen können zum Beispiel gezielte Praktikumsangebote machen, sodass Studenten aus dem Ausland eine ihnen unbekanntene Ecke Deutschlands bereits während des Studiums kennen- und schätzen lernen. Zudem sollten Problemregionen ein entsprechendes Marketing und Informationsangebote für zuwanderungsinteressierte Fachkräfte entwickeln.

## IW-Report 25/2019

Wido Geis-Thöne: Regionale Verteilung der Zuwanderung  
[iwkoeln.de/regionale\\_zuwanderung](http://iwkoeln.de/regionale_zuwanderung)

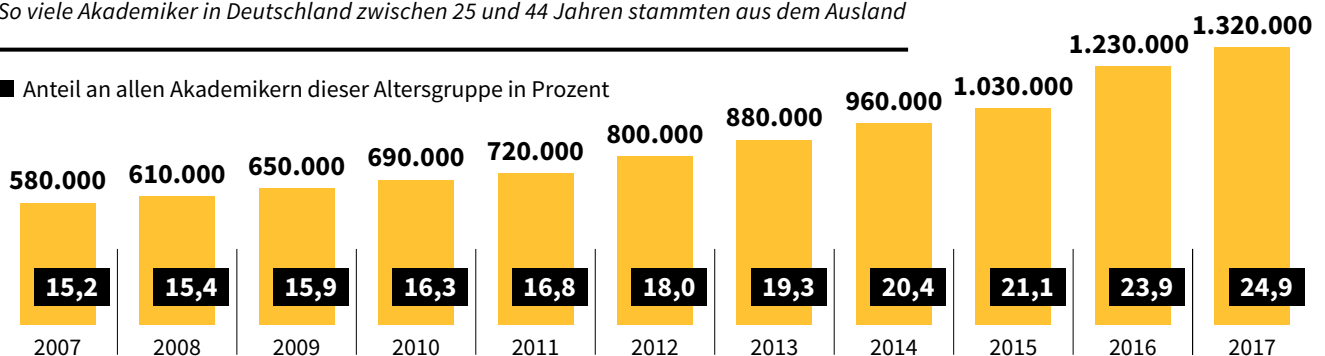
## IW-Kurzbericht 53/2019

Wido Geis-Thöne: Immer mehr Hochqualifizierte stammen aus dem Ausland  
[iwkoeln.de/hochqualifizierte](http://iwkoeln.de/hochqualifizierte)

## Hochqualifizierte: Jeder vierte hat ausländische Wurzeln

So viele Akademiker in Deutschland zwischen 25 und 44 Jahren stammten aus dem Ausland

■ Anteil an allen Akademikern dieser Altersgruppe in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
 © 2019 IW Medien / iwd



# M+E-Konjunktur im Rückwärtsgang

**Metall- und Elektro-Industrie.** Die Bilanz der deutschen M+E-Unternehmen für das erste Halbjahr 2019 fällt eher enttäuschend aus. Nach einem Rückgang der Produktion im ersten und zweiten Quartal befindet sich die Metall- und Elektro-Industrie in der Rezession. Die rückläufige Auftragslage und die pessimistische Stimmung lassen auch für die zweite Jahreshälfte nicht auf ein bedeutendes Wachstum hoffen.

Nachdem die M+E-Industrie bereits im zweiten Halbjahr 2018 nur knapp einer Rezession entgangen war, hat sich die schwache Entwicklung in der ersten Jahreshälfte 2019 fortgesetzt und die Metall- und Elektro-Industrie in Deutschland in eine Rezession rutschen lassen (Grafik):

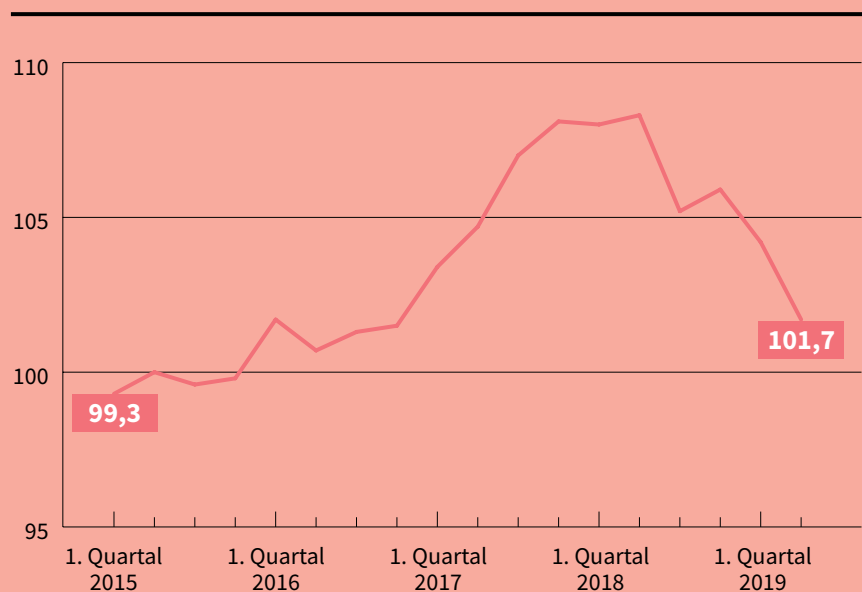
**Nach einem Rückgang der Produktion um 1,6 Prozent im ersten Quartal und 2,4 Prozent im zweiten Quartal lag die M+E-Produktion im ersten Halbjahr 2019 insgesamt um 4,9 Prozent unter dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums.**

Mit einem Minus von 12 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum war die Automobilindustrie besonders betroffen. Aber auch die Elektroindustrie (minus 3,5 Prozent) und der Maschinenbau (minus 1,7 Prozent) blieben klar unter den Vorjahreswerten. Im Zuge der schwachen M+E-Konjunktur sind die Kapazitätsauslastung und die Auftragsbestände spürbar zurückgegangen: Vor allem die Auslastung ist auf ihren langjährigen Durchschnittswert gesunken.

Kurzfristig ist keine Besserung in Sicht, da sich die Kunden auch mit neuen Bestellungen zurückhalten (Grafik Seite 7):

## Produktion: M+E-Industrie in der Rezession

Saison- und kalenderbereinigte Quartalswerte, 2015 = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt  
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

**Im ersten Quartal 2019 lagen die Auftragseingänge um 5,1 Prozent unter dem Wert des Vorquartals, im zweiten Quartal noch einmal um 2,1 Prozent.**

Während im ersten Quartal vor allem die Auftragsbestände (minus 6,7 Prozent) die Entwicklung bestimmten, waren es im zweiten Quartal die Aufträge aus dem Inland (minus 4,9 Prozent).

Im Vorjahresvergleich lagen die Auftragseingänge im ersten Halbjahr 2019 um 5,8 Prozent unter dem Niveau des ersten Halbjahres 2018. Betroffen war insbesondere der Maschinenbau (minus 9,3 Prozent). Aber auch die Bestellungen in der Automobilindustrie (minus 4,5 Prozent) und der Elektroindustrie (minus 4,9 Prozent) blieben deutlich unter den Vorjahreswerten.

Auch die Stimmung in den M+E-Unternehmen hat sich im ersten Halbjahr weiter eingetrübt – die Erwartungen haben sich im Laufe der vergangenen Monate laut Geschäftsklimaindex des ifo Instituts für die M+E-Industrie stetig verschlechtert. Sie lagen im Juli 2019 deutlich im negativen Bereich (per saldo bei minus 16 Punkten).

Die Beurteilung der aktuellen Lage hat sich im Index seit Anfang 2018 ebenfalls deutlich verschlechtert und lag im Juli 2019 nur noch leicht im positiven Bereich. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2018 ist der ifo Geschäftsklimaindex per saldo um fast 13 Punkte gefallen.

Die schwache M+E-Konjunktur und die verhaltenen Erwartungen der Unternehmen bremsen bereits die Beschäftigungsdynamik aus:

**Während sich die Zahl der Mitarbeiter im Jahr 2018 durchschnittlich um 2,8 Prozent erhöht hat, betrug das Plus im ersten Halbjahr 2019 lediglich 1,9 Prozent.**

Im ersten Halbjahr 2018 hatten die M+E-Unternehmen 49.800 neue Arbeitsplätze geschaffen, im gleichen Zeitraum 2019 nur noch 6.800. Zum ersten Mal seit neun Jahren haben die M+E-Unternehmen im Mai und

Juni 2019 die Zahl ihrer Mitarbeiter saisonbereinigt sogar reduziert.

Da sich auch die Beschäftigungspläne der M+E-Unternehmen deutlich verhaltener als in den Vorjahren entwickelt haben, dürfte der Beschäftigungsaufbau der vergangenen Jahre vorerst nicht weitergehen.

Die schwierige Lage zeigt sich auch in der Arbeitslosenstatistik: Obwohl die Zahl der gemeldeten offenen Stellen in den M+E-Berufen weiterhin die Zahl der Arbeitslosen übersteigt, werden erste konjunkturbedingte Bremsspuren sichtbar. Die Zahl der Arbeitslosen in den M+E-Berufen hat sich seit Jahresbeginn um 7,7 Prozent erhöht und die Zahl der gemeldeten offenen Stellen ist um 6,7 Prozent zurückgegangen. Die zuletzt gestiegene Zahl der Beschäftigten in Kurzarbeit lässt auf keine schnelle Besserung hoffen.

All diese Trends wirken sich negativ auf die Produktivität der M+E-Unternehmen aus:

**Aufgrund des starken Rückgangs der Produktion bei gleichzeitig leicht wachsender Beschäftigung lag die Produktivität in der M+E-Industrie im ersten Halbjahr 2019 um 5 Prozent unter dem Wert des Vorjahreszeitraums.**

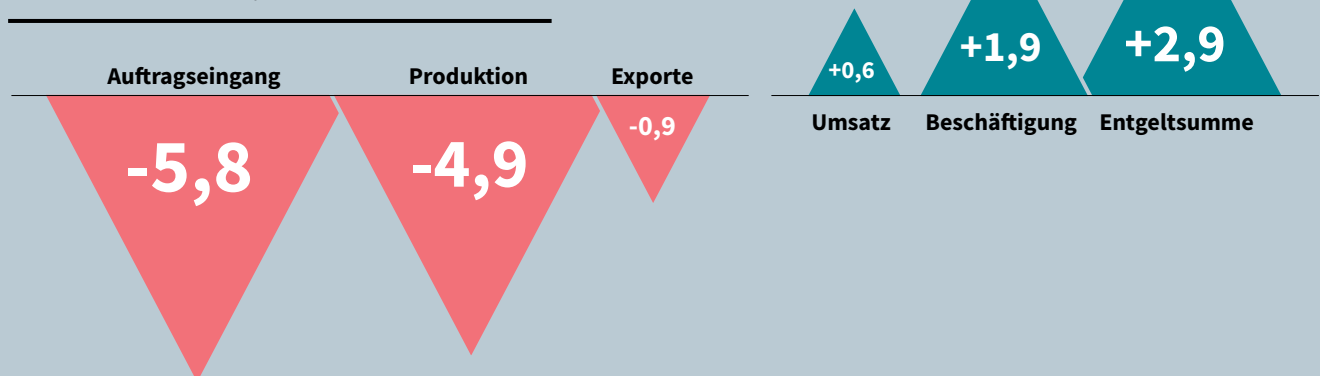
Die Arbeitskosten je Stunde sind dagegen um 2,9 Prozent gestiegen. Ähnliches gilt für die Lohnstückkosten: Sie haben um 8,3 Prozent zugelegt und damit den bereits seit 2012 verzeichneten Trend nach oben fortgesetzt. Diese Kostenentwicklung gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit der M+E-Unternehmen.

Ohnehin leiden die M+E-Exporte unter den politischen Unsicherheiten und weltwirtschaftlichen Risiken wie Brexit, Protektionismus und Beschränkungen im internationalen Handel: Im ersten Halbjahr 2019 setzten die M+E-Unternehmen Waren im Wert von 384 Milliarden Euro im Ausland ab – das waren 0,9 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Mit einem Rückgang von 4 Prozent war vor allem das zweite Quartal 2019 ausschlaggebend für das schwache Auslandsgeschäft. Einen derartig starken Rückgang der Exporte hatte die Branche zuletzt im ersten Quartal 2013 erlitten. Die Verunsicherung durch die globalen Unwägbarkeiten betrifft aber nicht nur die M+E-Unternehmen, sondern auch Investoren im In- und Ausland: Ihre merkliche Zurückhaltung trübt das Konjunkturbild zusätzlich.

## M+E-Industrie: Aufträge brechen ein

Veränderung im ersten Halbjahr 2019 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in Prozent



# Mehr Rückschritte als Fortschritte

**Bildungsmonitor 2019.** Wie gut die Bildungssysteme der einzelnen Bundesländer aufgestellt sind, untersucht das Institut der deutschen Wirtschaft seit 16 Jahren. 14 Jahre lang verbesserten sich die Bedingungen in Kitas, Schulen und Hochschulen, nun gibt es zum zweiten Mal in Folge mehr Rückschritte als Fortschritte.

Der Bildungsmonitor, den das Institut der deutschen Wirtschaft regelmäßig für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) erstellt, weist in diesem Jahr noch mehr Rückschritte auf als 2018. Vor einem Jahr hatte das IW erstmals seit 2004 eine generelle Verschlechterung der Bildungssysteme der Länder festgestellt. Besonders gravierend ist der Trend im Bereich der Integration – 2017 brachen 18 Prozent der ausländischen Schüler in Deutschland die Schule ab, ein Jahr zuvor waren es rund 14 Prozent.

Auch im Vergleich zum Bildungsmonitor 2013, bei dem erstmals die aktuelle Methodik und Indikatoren ausgewählt wurden, zeigen sich insgesamt nur noch sehr geringe Fortschritte. Innerhalb von sechs Jahren hat es vor allem Verschlechterungen bei der Schulqualität (minus 13,5 Punkte), bei der Integration (minus 10,3 Punkte) und bei der Reduzierung der Bildungsarmut (minus 6,2 Punkte) gegeben. Am meisten verbessert haben sich die Handlungsfelder Internationalisie-

rung (plus 18,4 Punkte), Förderinfrastruktur (plus 17,1 Punkte) und Betreuungsbedingungen (plus 11,6 Punkte).

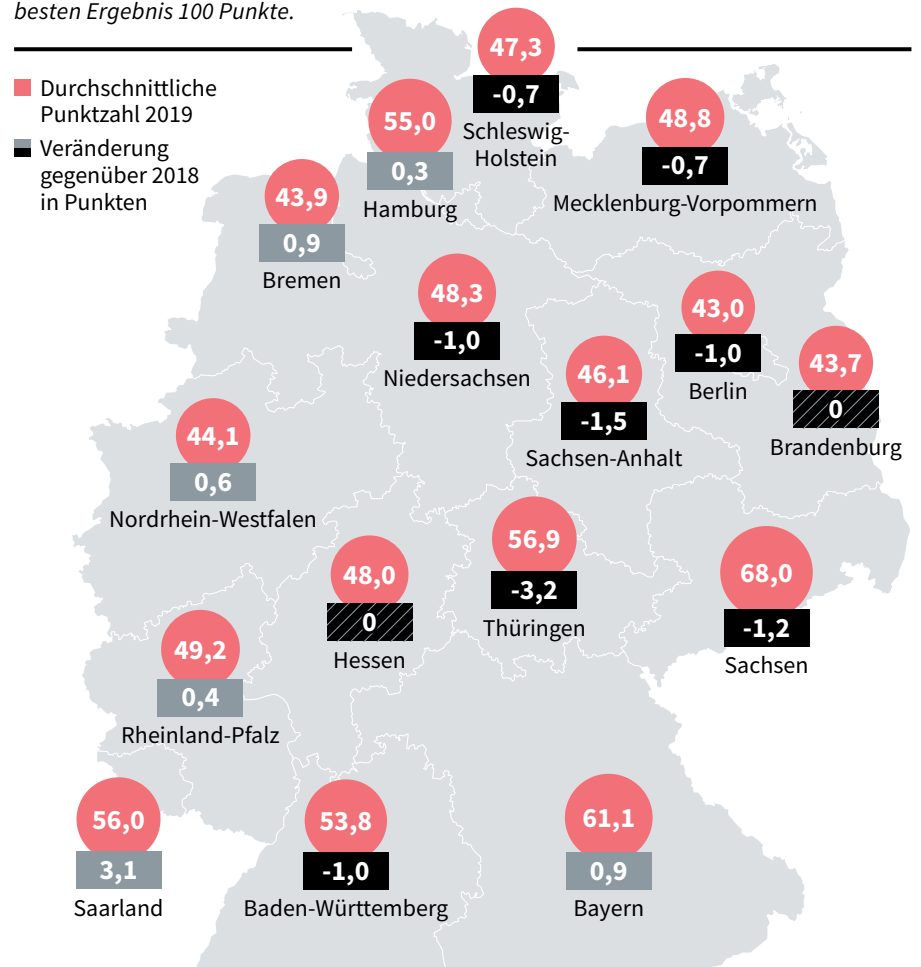
Wie aber haben die einzelnen Bundesländer abgeschnitten? Auf den beiden ersten Plätzen landen zwei Bildungs-Dauerbrenner (Grafik):

**Die besten Ergebnisse im Bildungsmonitor 2019 haben Sachsen und Bayern erzielt.**

Sachsen steht seit 2006 auf Platz eins, Bayern ist seit Beginn in der Spitzengruppe und verbessert sich nun von Platz drei auf Platz zwei. Mit etwas Abstand folgen Thüringen, das

## Bildungsmonitor 2019: Das Ranking

Der Bildungsmonitor untersucht die Bildungssysteme der Bundesländer anhand von 93 Einzelindikatoren in zwölf Handlungsfeldern. Das Land, welches bei einem Indikator den schlechtesten Wert erzielt, bekommt 0 Punkte zugewiesen und das Land mit dem besten Ergebnis 100 Punkte.



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2019 IW Medien / iwd



Saarland, das sich von allen Bundesländern im Vergleich zum Vorjahr am stärksten verbessert hat, sowie Hamburg und Baden-Württemberg, Bremen, Brandenburg und Berlin schneiden im Bildungsmonitor 2019 am schlechtesten ab.

Und das zeichnet die Bildungssysteme der drei bestplatzierten Bundesländer aus:

**Sachsen** erreicht in Sachen Förderinfrastruktur, Schulqualität und Bekämpfung von Bildungsarmut die besten Werte: Rund 87 Prozent der sächsischen Grundschüler besuchten 2017 eine Ganztagschule, 11 Prozent des Kita-Personals in Sachsen haben einen Hochschulabschluss, sächsische Viertklässler können sehr gut lesen, Neuntklässler sind in Mathematik und Naturwissenschaften bundesweit die Fittesten und der Anteil der Absolventen des Berufsvorbereitungsjahres beträgt fast 86 Prozent – im Bundesdurchschnitt sind es 50 Prozent.

**Bayern** ist stark in der Förderung der beruflichen Bildung, der Vermeidung von Bildungsarmut, der Schulqualität sowie bei den Bildungsausgaben. Insbesondere für Grundschulen, allgemeinbildende Schulen und Vollzeitberufsschulen nimmt Bayern relativ viel Geld in die Hand. Das zahlt sich aus: Im Freistaat gibt es vergleichsweise wenige Schüler, die bestimmte Mindestanforderungen in ihrem Jahrgang nicht erfüllen, und nur 5,5 Prozent der Schulabgänger haben keinen Abschluss – im Bundesschnitt sind es 6,3 Prozent. Einen Spitzenwert erreicht Bayern beim Übergang von der Schule in den Beruf, die Ausbildungsstellenquote lag 2018 mit rund 80 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt von knapp 68 Prozent.

In **Thüringen** gibt es bundesweit die besten Betreuungsbedingungen, eine gute Förderinfrastruktur, eine hohe Schulqualität sowie vergleichs-

## Wirtschaft: mangelhaft

Neu ist die Erkenntnis nicht, doch sie bleibt erschreckend: Als der Bankenverband im vergangenen Jahr 650 Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 14 und 24 Jahren zu ihren Wirtschaftskennnissen befragte, waren viele um die richtige Antwort verlegen. Zwei von zehn Befragten konnten nicht erklären, was eine Aktie ist, fünf von zehn mussten bei der Definition von Rendite passen und sieben von zehn hatten keine Ahnung, was sich hinter dem Begriff Investmentfonds verbirgt. Auch andere Untersuchungen zeigen, dass es um die ökonomischen und finanziellen Kompetenzen der Bevölkerung nicht gut bestellt ist. Insbesondere Frauen, Menschen mit geringerer Schulbildung und Ostdeutsche haben oft große Wissenslücken, wenn es um Wirtschaftsthemen geht. Dieser Mangel hat weitreichende Folgen, wie das Sonderkapitel

„Ökonomische Bildung“ des INSM-Bildungsmonitors 2019 zeigt: Geringe Kenntnisse auf diesem Themengebiet können unter anderem dazu führen, dass zu wenig gespart wird, das Verschuldungsrisiko des Haushalts steigt, keine ausreichende private Altersvorsorge betrieben und zu wenig gegründet wird. All dies wiederum hat Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft, beispielsweise auf das Ausmaß der Altersarmut.

Aus diesem Grund plädieren die Autoren des Bildungsmonitors für die verbindliche Einführung eines Schulfachs Wirtschaft. Zwar bieten einige Bundesländer wirtschaftliche Inhalte in diversen Fächerkombinationen an, doch ein eigenständiges Pflichtfach „Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung“ an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I hat bislang lediglich Baden-Württemberg etabliert. Aktuell wird das Fach dort in den Klassen fünf bis acht unterrichtet, bis zum Schuljahr 2023/24 soll der Wirtschaftsstoff auch die höheren Jahrgänge erreichen.

weise viel Geld für Schulen und Hochschulen. Von den hohen Bildungsausgaben profitieren vor allem die Berufsschulen sowie die allgemeinbildenden weiterführenden Schulen, wobei auch die Investitionen in die Grund- und Hochschulen höher sind als im Bundesdurchschnitt. Die Klassengrößen sind an fast allen Schulformen kleiner als in anderen Bundesländern und es gehen auch deutlich mehr Kinder und Schüler in eine Ganztagskita oder -schule als anderswo. Mit rund

91 Prozent ist die Absolventenquote an Berufsschulen, Fachoberschulen und Fachschulen in Thüringen sehr hoch, im Schnitt aller Bundesländer liegt die Quote bei 80 Prozent.

### IW-Gutachten

Christina Anger, Axel Plünnecke, Ruth Maria Schüler: INSM-Bildungsmonitor 2019 – Ökonomische Bildung und Teilhabechancen

[iwkoeln.de/bildungsmonitor2019](http://iwkoeln.de/bildungsmonitor2019)

# Die hausgemachte Misere

**Italien.** Im Zuge der globalen Wirtschaftskrise und der folgenden Euro-Schuldenkrise wurde Italien von zwei kurz aufeinanderfolgenden Rezessionen getroffen. Dazu beigetragen hatten erhebliche Zweifel an der Nachhaltigkeit der italienischen Staatsfinanzen. Für eine Kehrtwende müsste das Land kernsaniert werden, doch momentan ist die Regierungskrise das alles beherrschende Thema.

Die Finanzkrise 2009 traf Italien hart: Vom zweiten Quartal 2008 bis zum zweiten Quartal 2009 schrumpfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 8 Prozent. Zwar erholte sich das Land anschließend kurzfristig und steigerte seine Wirtschaftsleistung bis zum zweiten Quartal 2011 um rund 4 Prozent – doch bereits bis zum ersten Quartal 2013 kam es zu einem erneuten Rückgang um gut 5 Prozent. Der doppelte wirtschaftliche Einbruch wirkte wie ein K.-o.-Schlag für die italienische Wirtschaft, weil die Substanz vieler kleinerer Unternehmen und zahlreicher Banken empfindlich geschwächt wurde.

Aktuell leidet die italienische Volkswirtschaft zudem unter der Eintrübung der Konjunktur in wichtigen Partnerstaaten. Für das laufende Jahr rechnet die EU-Kommission in ihrer Prognose vom Juli 2019 nur noch mit einer realen Zunahme des italienischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,1 Prozent.

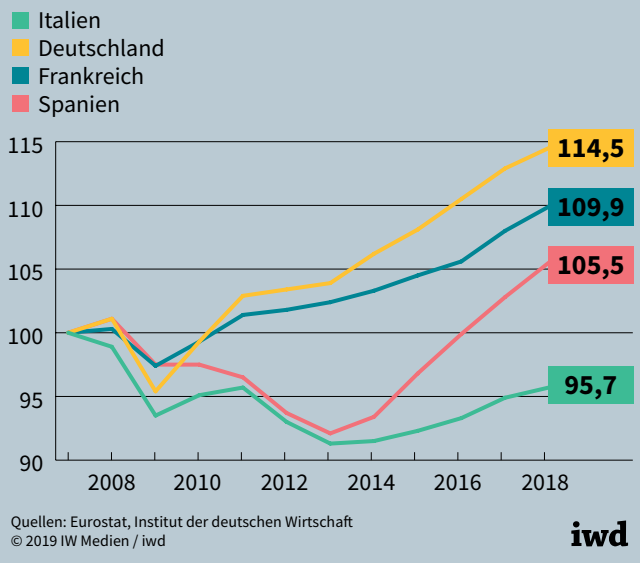
Mit anderen Worten: Italiens Wirtschaft stagniert. Und wenn die Frühjahrsprognose des Internationalen Währungsfonds (IWF) zutrifft, wird das reale BIP Italiens selbst im Jahr 2024 noch nicht wieder das Niveau von 2007 erreicht haben.

Wie sehr Italien in der EU hinterherhinkt, zeigt ein Vergleich mit den anderen großen Volkswirtschaften (Grafik):

**Deutschland und Frankreich konnten bereits 2011 wieder das Vorkrisenniveau überschreiten. Und sogar Spanien, das von der Krise schwer gebeutelt wurde und dessen Bankensektor vom Europäischen Stabilitätsmechanismus mit mehr als 40 Milliarden Euro unterstützt wurde, hat sich wirtschaftlich deutlich besser entwickelt.**

## Italien kriegt die Kurve nicht

Reales Bruttoinlandsprodukt ausgewählter EU-Staaten, 2007 = 100



Das italienische Wirtschaftswachstum war zudem zu schwach, um die Belastung durch die Zinszahlungen aufzuwiegen, die der Staat für seine Schulden aufbringen muss – und das, obwohl auch Italien vom gesunkenen Zinsniveau profitierte: Musste das Land im Jahr 1995 noch 11 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Zinsen aufwenden, waren es 1999 nur noch 6,4 Prozent und 2018 lediglich 3,7 Prozent. Unterm Strich hat die Wachstumsmisere also die Verschuldung Italiens in den vergangenen Jahren weiter steigen lassen (Grafik Seite 9):

## 2007 machte die italienische Staatsverschuldung knapp 100 Prozent des BIP aus, 2018 betrug die Schuldenquote bereits mehr als 132 Prozent.

Damit überschreitet Italiens Schuldenstand die im Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) vereinbarte 60-Prozent-Grenze deutlich – nur Griechenland stand Ende 2018 mit rund 181 Prozent seiner Wirtschaftsleistung noch höher in der Kreide.

Die ausufernde Staatsverschuldung in Italien hat wiederholt zu Streit mit der EU-Kommission geführt. Sie hat im Oktober 2018 einen besonders schwerwiegenden Verstoß gegen den SWP festgestellt und den von Italien vorgelegten Haushaltsplanentwurf für 2019 zurückgewiesen – ein Novum in der Geschichte des Pakts.

Da Italien in seinem erneuerten Entwurf die Defizitziele unverändert ließ, empfahl die Kommission die Einleitung eines Defizitverfahrens. Dazu kam es nicht, weil die Regierung in Rom im Dezember das Defizitziel für 2019 von 2,4 auf 2,04 Prozent des BIP senkte.

Nachdem sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Italiens im bisherigen Verlauf des Jahres 2019 abgeschwächt und sich auch die fiskalische Situation verschlechtert hat, nahm die Kommission im Juni einen neuen Anlauf zur Einleitung eines Defizitverfahrens – doch auch dieses Mal blieb es bei einer Drohung, da die italienische Regierung erneut einige Sparmaßnahmen ankündigte.

Mit dem nächsten Streit ist fest zu rechnen, wenn Italien im Oktober seinen Etatentwurf für 2020 in Brüssel vorlegen muss.

Um die hohe Schuldenquote zu senken, müsste Italien mehr Wachstum generieren. Empfehlungen dazu kommen von der EU-Kommission, dem IWF und der OECD:

- Aufgrund der ungünstigen demografischen Entwicklung müsste beispielsweise das **Arbeitskräfteangebot** vergrößert werden. Dazu muss die Regierung in Rom die jüngst eingeführte Frühverrentung zurücknehmen.
- Ferner bedarf es einer stärkeren **Erwerbsbeteiligung** der Frauen sowie einer besseren Arbeitsvermittlung.
- Auch gilt es, die **Bildungsanstrengungen** zu erhöhen. So ließen sich jene Jugendlichen in den Arbeitsmarkt integrieren, die derzeit weder in Ausbildung noch in Beschäftigung sind.
- Die **Tarifverhandlungen** sollten stärker dezentralisiert werden, um die Lohnentwicklung mit der Produktivitätsentwicklung auf regionaler und Unternehmensebene in Einklang zu bringen. Auch dies würde die Arbeitslosigkeit verringern.

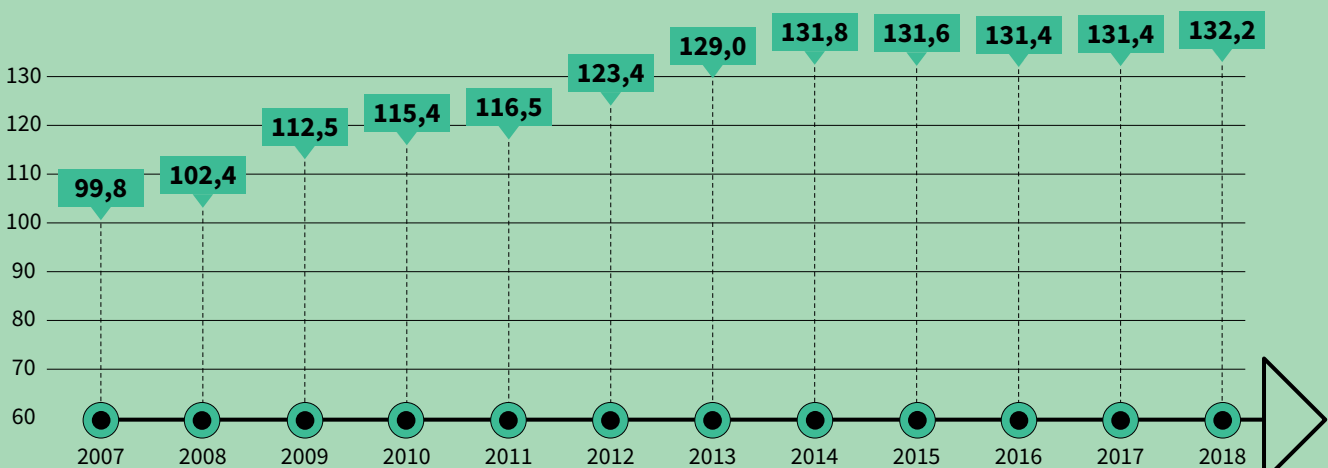
Auf der langen Agenda Italiens stehen zudem Strukturreformen auf Dienstleistungsmärkten – zum Beispiel im Einzelhandel –, mehr Wettbewerb bei kommunalen Dienstleistungen sowie eine Verkürzung der Prozessdauer von Zivil- und Insolvenzverfahren.

### IW-Analysen Nr. 131

Berthold Busch: Die italienische Misere – Ökonomische Strukturprobleme und wirtschaftspolitische Herausforderungen  
[iwkoeln.de/italien](http://iwkoeln.de/italien)

## Italien: Der Schuldenberg wächst

Staatsverschuldung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quellen: AMECO-Datenbank, Eurostat  
© 2019 IW Medien / iwd

# Aufstieg der Elektronik

**Autoindustrie.** Die deutschen Autobauer investieren traditionell stark in Forschung und Entwicklung. Die technologischen Schwerpunkte haben sich in den vergangenen Jahren aber verschoben, wie eine Analyse der Patentanmeldungen durch das Institut der deutschen Wirtschaft zeigt. Vor allem in den Bereichen Elektronik und Digitalisierung haben die Hersteller zugelegt.

Die deutsche Metall- und Elektro-Industrie ist seit jeher besonders innovationsstark. Im Jahr 2017 zeichnete sie für Innovationsaufwendungen in Höhe von gut 100 Milliarden Euro verantwortlich. Damit bestritt sie rund 63 Prozent der volkswirtschaftlichen Innovationsaufwendungen Deutschlands.

Knapp die Hälfte des M+E-Innovationsengagements entfiel zuletzt auf die Kraftfahrzeugindustrie:

**Im Jahr 2017 beliefen sich die Innovationsausgaben der Automobilbauer in Deutschland auf 47,4 Milliarden Euro.**

Damit waren die Kfz-Hersteller für mehr als ein Viertel aller Investitionen der deutschen Wirtschaft in Forschung und Entwicklung verantwortlich.

Dass sich diese Ausgaben lohnen, zeigt eine Auswertung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) auf der Basis von Daten des Deutschen Patent- und Markenamts.

Demnach sind rund 47 Prozent aller Patentanmeldungen von Unternehmen in Deutschland auf die Autoindustrie in einer erweiterten Abgrenzung zurückzuführen. Denn die Wissenschaftler betrachten dabei neben der Autoindustrie selbst auch die Hersteller von anderen landgebundenen Kraftfahrzeugen – zum Beispiel Traktoren oder Mähdre-

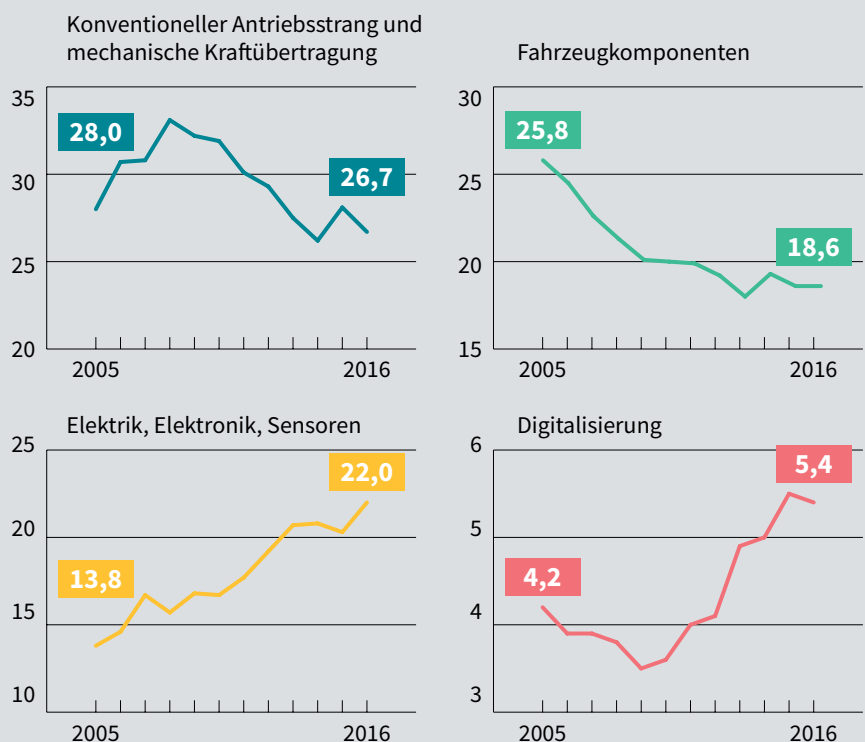
schern. Letztere machen aber nur einen ziemlich geringen Anteil an den Anmeldungen aus.

Nicht dabei sind Patentanmelder mit Sitz im Ausland, wie etwa der US-Autobauer Ford, der seine Patente in den USA über eine Gesellschaft mit Sitz in Michigan anmeldet.

Das IW hat darüber hinaus analysiert, in welchen Technologie-sparten die Patente angemeldet wurden. Dazu wurden acht verschiedenen Technologiebereiche festgelegt. Die erste Erkenntnis: Insgesamt stiegen die Patentanmeldungen zwischen 2005 und 2016 in allen acht

## Autoindustrie: Elektronik immer wichtiger

So viel Prozent der Patentanmeldungen in der Autoindustrie entfielen auf diese Bereiche



Quellen: Deutsches Patent- und Markenamt, Institut der deutschen Wirtschaft © 2019 IW Medien / iwd

Bereichen um mindestens 14 Prozent. Aus der genauen Auswertung der Verteilung lassen sich zudem Rückschlüsse auf die Ausrichtung der Kfz-Industrie ziehen (Grafik Seite 12):

**Seit 2008 ist der Anteil der Patente für den konventionellen Antrieb stark gesunken. Im Jahr 2016 war er mit 26,7 Prozent 6,4 Prozentpunkte niedriger als acht Jahre zuvor.**

Im Gegensatz dazu ist der Anteil der Patente im Bereich Elektrik, Elektronik und Sensorik deutlich gestiegen – von 2005 bis 2016 um 8,2 Prozentpunkte. In absoluten Zahlen bedeutet dies eine Zunahme um gut 170 Prozent. Diese Technologieklasse konnte im Betrachtungszeitraum das mit Abstand stärkste Wachstum verbuchen.

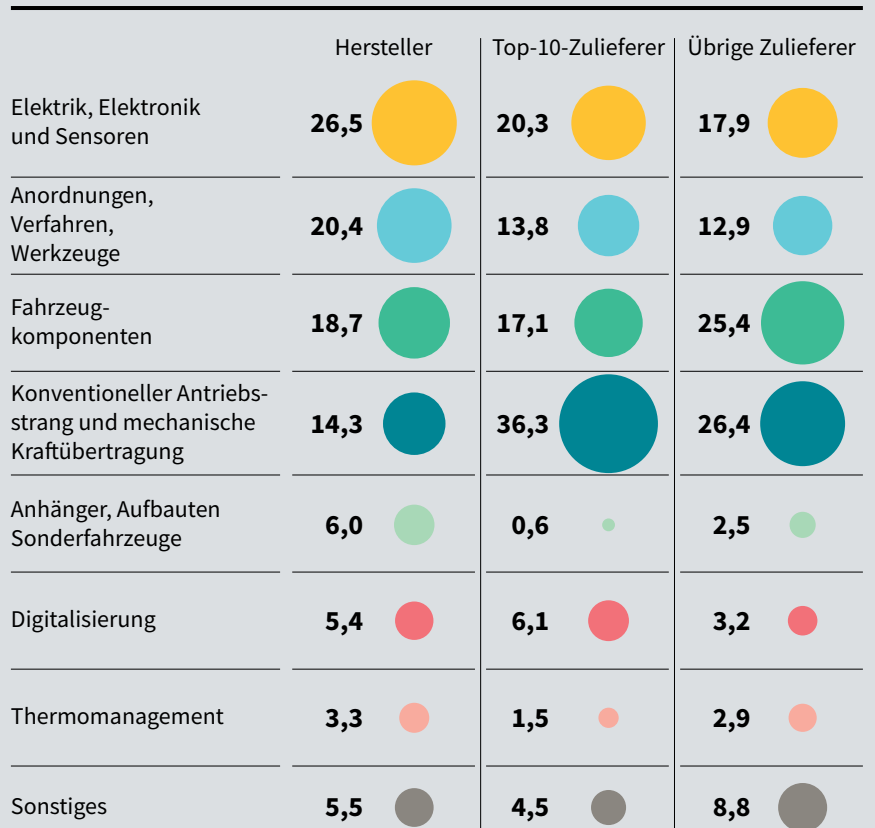
Neben Erfindungen zur elektronischen Datenverarbeitung gehören zu diesem Cluster schwerpunktmäßig Sensoren, aber auch Bauteile zur Wandlung von chemischer in elektrische Energie sowie die Steuerungs- und Regelungselektronik. Sie werden im Wesentlichen für die Batterietechnik benötigt. Tatsächlich sind unter den 15 meistverwendeten Technologieklassen der Kfz-Industrie drei, die sich der Batterietechnik zurechnen lassen. Zwei weitere befassen sich mit Hybridantrieben.

In den Bereichen Digitalisierung und Sonstige Patente sind viele Zukunftsthemen dem autonomen Fahren zuzurechnen. Es zeichnet sich eine Verschiebung von den klassischen hin zu elektrifizierten Antriebssträngen ab.

Bei der Bewertung der Daten muss man berücksichtigen, dass die Patentanmeldungen die Forschungsleistungen der Vorjahre abbilden. Bedingt durch eine 18-monatige Frist bis zur Offenlegung der Patentschrift lassen sich Daten auch nur mit Verzögerung erfassen. Das erste Umdenken hat bei den Autoherstellern also

## Patente: Autohersteller breit aufgestellt

So viel Prozent der Patentanmeldungen in der Autoindustrie entfielen im Jahr 2016 auf diese Bereiche



Hersteller: ohne Ford und Opel

Quellen: Deutsches Patent- und Markenamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

bereits stattgefunden, bevor der Diesel im Herbst 2015 zum Thema wurde.

Der anschließende klare Strategiewechsel der großen Autobauer dürfte sich deshalb in den kommenden Jahren in der Patentstatistik deutlich bemerkbar machen und die angesprochene Verschiebung weiter verstärken.

Unterscheidet man bei den aktuellen Daten zwischen Herstellern und Zulieferern, lassen sich weitere Erkenntnisse gewinnen (Grafik):

**Die Autobauer sind in ihrer Patentaktivität deutlich breiter aufgestellt als ihre Zulieferer.**

Gut ein Viertel ihrer Anmeldungen im Jahr 2016 entfiel auf den Bereich Elektrik, Elektronik und Sensoren.

Aber auch Segmente wie Fahrzeugkomponenten oder Anordnungen, Verfahren und Werkzeuge waren Schwerpunkte der Hersteller. Patente im Bereich der konventionellen Antriebsstränge kamen dagegen – anders als man es von Autobauern erwartet – nur auf einen Anteil von 14,3 Prozent.

Im Gegensatz dazu hatten von den Patentanmeldungen der zehn umsatzstärksten Zulieferer im Jahr 2016 noch mehr als 36 Prozent einen Bezug zum konventionellen Antriebsstrang. Ein Schwerpunkt liegt dabei in der Getriebetechnik.

Die weniger umsatzstarken Zulieferer weisen dagegen einen deutlich geringeren Anteil in dieser Kategorie auf.



# Mittelschicht – oder reich?

**Einkommensverteilung.** In Deutschland gehört man schneller zu den Topverdienern, als mancher denkt.

Fragt man die Bundesbürger, wo sie sich selbst in der Gesellschaft einordnen, dann verorten sich die meisten in der Mittelschicht – auch finanziell. Fast niemand fühlt sich dem zehnten Dezil zugehörig, also den einkommensreichsten 10 Prozent der Bevölkerung.

Tatsächlich aber, das zeigen die Ergebnisse der repräsentativen Haushaltsbefragung des Sozio-oekonomischen Panels für das Jahr 2016, muss man in Deutschland keineswegs Hunderttausende oder gar Millionen verdienen, um zu den obersten 10 Prozent der Einkommensbezieher zu zählen:

**Ein Alleinlebender gehörte 2016 ab einem monatlichen Nettoeinkommen von 3.440 Euro zu den einkommensreichsten 10 Prozent der Bevölkerung.**

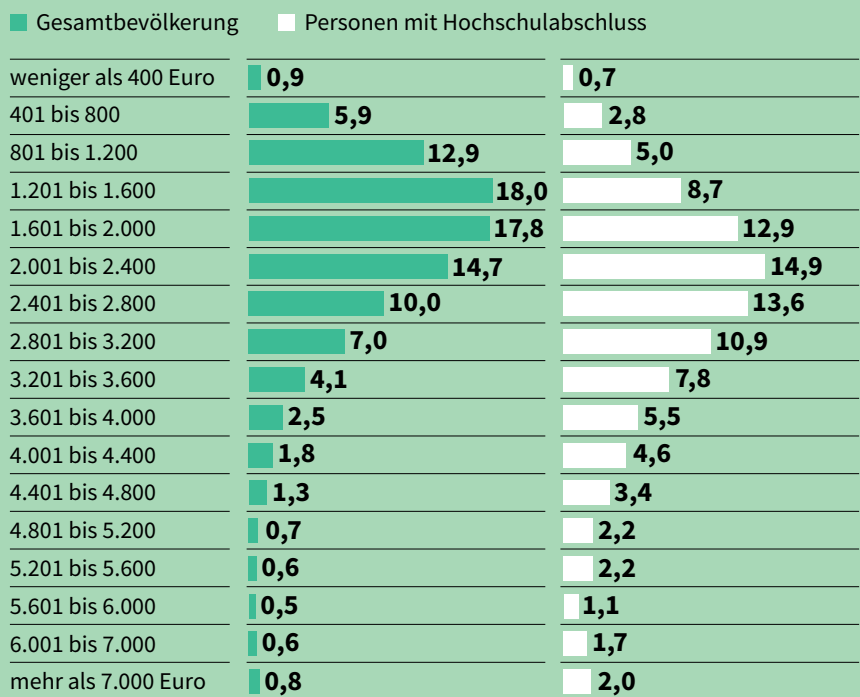
Das Nettoeinkommen ist das verfügbare Einkommen nach Steuern und Sozialabgaben inklusive Renten und sozialer Transfers wie Kindergeld; bei selbst genutztem Wohneigentum kommt der Nettomietvorteil hinzu.

Außerdem werden die Nettoeinkommen bedarfsgewichtet, um die unterschiedlichen Haushaltstypen zu berücksichtigen. So braucht zum Beispiel ein kinderloses Paar nur das 1,5-Fache des Einkommens eines Singlehaushalts, um einen vergleichbaren Lebensstandard zu erreichen.

Einige Beispiele zeigen, wie die Nettoeinkommen in Deutschland – Stand 2016 – verteilt sind:

## Wie wohlhabend bin ich?

So viel Prozent der Bevölkerung hatten 2016 ein bedarfsgewichtetes Nettomonatseinkommen von ...



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft © 2019 IW Medien / iwd



**Das bedarfsgewichtete Medianeinkommen** beträgt 1.869 Euro netto monatlich – eine Hälfte der Bevölkerung hat mehr Geld zur Verfügung, die andere Hälfte weniger.

**Alleinlebende Akademiker** müssen netto 2.541 Euro im Monat haben, um genau in der Mitte der Einkommen aller Hochschulabsolventen zu landen. Denn immerhin 2 Prozent der Akademiker beziehen ein Monatsnetto von mehr als 7.000 Euro – in der Gesamtbevölkerung sind es nur 0,8 Prozent (Grafik).

**Paare ohne Kinder**, auch jene, deren Kinder bereits ausgezogen sind, zählen ab einem Haushalts-

nettoeinkommen von monatlich 5.160 Euro zur Gruppe der reichsten 10 Prozent.

**In Ostdeutschland** gehört man mit 2.839 Euro netto im Monat zu den obersten 10 Prozent, in Westdeutschland zählt man damit zum einkommensstärksten Fünftel.

### IW-Kurzbericht 53/2019

Judith Niehues, Maximilian Stockhausen: Einkommensverteilung nach sozioökonomischen Teilgruppen

[iwkoeln.de/einkommensverteilung](http://iwkoeln.de/einkommensverteilung)

### Wer verdient wie viel?

Wie stehen Sie mit Ihrem Einkommen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung da? Finden Sie es mit unserer interaktiven Grafik heraus.

[iwkoeln.de/einkommensvergleich](http://iwkoeln.de/einkommensvergleich)

# Unfaire Verteilung

## Öffentliche Weiterbildung.

Die Bundesagentur für Arbeit gibt seit Jahren mehr Geld für Weiterbildungen aus. Allerdings profitieren ausgerechnet diejenigen am wenigsten von der Förderung, die eine Weiterqualifizierung am nötigsten hätten.

Weiterbildung ist ein weites Feld: Manche lernen in Abendkursen der VHS eine neue Sprache auf eigene Kosten, andere besuchen Lehrgänge und Schulungen, die ihr Arbeitgeber bezahlt. Doch auch der Staat fördert Lernangebote für Erwachsene (Grafik):

**Im Jahr 2018 gab die Bundesagentur für Arbeit (BA) annähernd 1,8 Milliarden Euro für Weiterbildungen aus.**

Das ist fast doppelt so viel wie zwölf Jahre zuvor, als die Hartz-IV-Reformen umgesetzt wurden.

Ein Blick auf die beiden Empfängergruppen, die die BA fördert, zeigt allerdings, dass ausgerechnet

Hartz-IV-Bezieher relativ wenig aus dem Weiterbildungstopf bekommen:

**Die Ausgaben für berufliche Weiterbildung nach Sozialgesetzbuch II beliefen sich im Jahr 2018 auf 510 Millionen Euro.**

Die Jobcenter unterstützen somit jeden Arbeitslosen, der Arbeitslosengeld (ALG) II erhält, im Schnitt mit rund 330 Euro. Allerdings nehmen von 1.000 Arbeitslosen, die ALG II beziehen, nur 29 an einer Weiterbildung teil. Im Durchschnitt betragen die Ausgaben je Teilnehmer aus diesem Personenkreis im Jahr 2018 rund 11.400 Euro.

Wesentlich mehr Geld floss in Weiterbildungsmaßnahmen für Personen, die ihre Förderung nach dem Sozialgesetzbuch III bekommen. Dazu zählen neben Arbeitslosen auch geringqualifizierte Arbeitnehmer und Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen: Hier flossen im Jahr 2018 fast 1,3 Milliarden Euro – im Schnitt förderte die BA jeden Arbeitslosen rein rechnerisch mit mehr als 1.600 Euro. Damit

haben sich die Ausgaben je Arbeitslosen zwischen 2006 und 2018 verfünffacht – und das bei sinkender Arbeitslosenzahl.

Die durchschnittliche Zahl der Teilnehmer je 1.000 Arbeitslose lag zuletzt bei 114 Personen. Die Ausgaben je Teilnehmer im Rahmen der SGB-III-Förderung beliefen sich 2018 demnach auf rund 14.000 Euro.

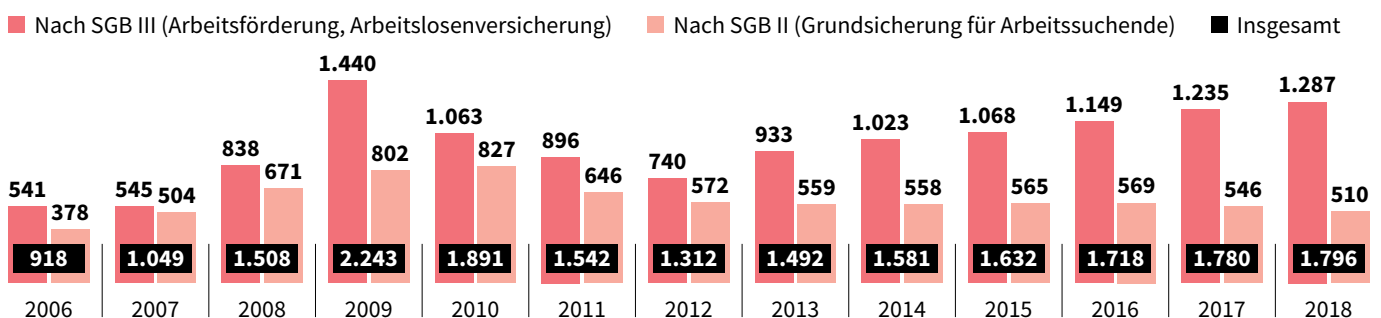
Um dieses Ungleichgewicht zwischen den beiden Empfängergruppen auszugleichen, sollte die Förderung der Weiterbildung für Hartz-IV-Bezieher ausgebaut werden. Denn gerade Langzeitarbeitslose, die oftmals keinen Berufsabschluss haben und denen deshalb die Rückkehr auf den ersten Arbeitsmarkt besonders schwerfällt, würden von einer besseren Qualifizierung profitieren.

### IW-Kurzbericht 45/2019

Susanne Seyda: Öffentliche Weiterbildungsförderung stark gestiegen  
[iwkoeln.de/oeffentliche\\_weiterbildung](http://iwkoeln.de/oeffentliche_weiterbildung)

## Öffentliche Weiterbildung: Das Fördervolumen

So viele Millionen Euro investierte die Bundesagentur für Arbeit in die berufliche Weiterbildung



SGB: Sozialgesetzbuch

Berufliche Weiterbildung: ohne Maßnahmen zur Weiterbildung von Rehabilitanden, inklusive Arbeitsentgeltzuschuss, inklusive Qualifizierung Beschäftigter und der Initiative zur Flankierung des Strukturwandels, ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2019 IW Medien / iwd

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
Präsident: Arndt Günter Kirchhoff
Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Anja Hüpper
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-255
Fax: 0221 4981-99255
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 11,55/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de

Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet.
E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de



Top-Liste: Müllberge

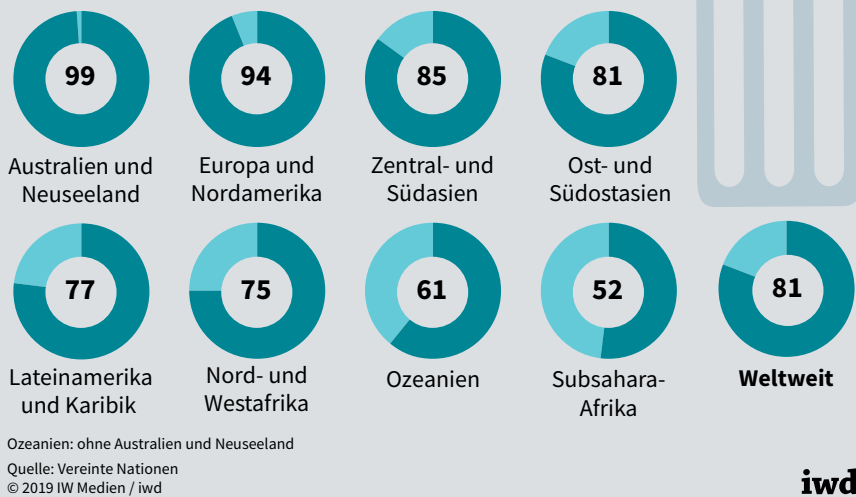
Haushaltsabfall und Müll von Kleingewerbetreibenden ist weltweit im Schnitt der Jahre 2010 bis 2018 zu 81 Prozent eingesammelt worden. Das waren 5 Prozentpunkte mehr als von 2001 bis 2010. Allerdings wurde der Müll nicht immer auch ordentlich beseitigt. Vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern wird Abfall häufig auf offenen Müllkippen abgeladen, wo er zur Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden beiträgt. Im Jahr 2016 fielen weltweit knapp zwei Milliarden Tonnen Siedlungsabfälle an, bis 2050 dürfte sich der Müllberg auf vier Milliarden Tonnen verdoppeln.

Zahl der Woche



Müll: In vielen Regionen ein Problem

So viel Prozent der Siedlungsabfälle wurden zwischen 2010 und 2018 regelmäßig gesammelt



der Bundesbürger nutzten im Jahr 2018 Online-Banking für private Zwecke. Zehn Jahre zuvor betrug der Anteil erst 33 Prozent. Besonders eifrige E-Banker sind die 25- bis 44-Jährigen: 78 Prozent checken ihren Kontostand oder überweisen Geld im Internet. Von den über 65-Jährigen nutzen dagegen nur 25 Prozent den elektronischen Zugang zu ihrem Bankkonto. Generell wickeln die Bundesbürger vor allem alltägliche Finanztransaktionen online ab – wollen sie dagegen einen Kredit aufnehmen oder Wertpapiere kaufen, tun dies weniger als 10 Prozent der Deutschen übers Internet.

Neu auf iwd.de: Die Zukunft der Krankenversicherung

Seit 1991 sind die durchschnittlichen Ausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) je Versicherten um mehr als 140 Prozent gestiegen – die beitragspflichtigen Einkommen legten dagegen nur um 85 Prozent zu. Welche ökonomisch sinnvollen Optionen der Gesetzgeber hätte, um die Krankenversicherung zukunftsfest zu machen, lesen Sie auf iwd.de.

